

12 OCT. 2009

Brüssel, den
C/2009/ 6131

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Europäische Kommission dankt dem EU-Ausschuss des österreichischen Bundesrats für die Erörterung der Mitteilung über Umweltorientiertes Öffentliches Beschaffungswesen sowie für seine Stellungnahme zu diesem Dokument {KOM(2008)400}.

Die Europäische Kommission begrüßt die generelle Unterstützung für die Ziele dieser Mitteilung und die laufenden Aktivitäten in Österreich auf dem Gebiet des „green public procurement“ (GPP).

Hinsichtlich der Bemerkungen des Bundesrats bestätigt die Europäische Kommission, dass die gemeinsamen GPP-Kriterien, die in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten entwickelt wurden und werden, um die Einführung eines umweltorientierten Beschaffungswesens in den Mitgliedstaaten zu erleichtern, nicht verbindlich sind. Die geplante förmliche Annahme der gemeinsam erarbeiteten GPP-Kriterien soll diese Kriterien nicht in den Mitgliedstaaten verbindlich machen, sondern es ihnen erleichtern, diesen Kriterien in innerstaatlichen Aktionsplänen oder Leitlinien für das öffentliche Auftragswesen Rechnung zu tragen. Gleichzeitig steht dies nicht dem Recht des Mitgliedstaats entgegen, verbindliche Kriterien für die gleiche oder andere Waren- und Dienstleistungskategorien zu formulieren. Die Anhörung der Interessengruppen zu einem ersten Paket von Kriterien wurde inzwischen abgeschlossen, und die gemeinsamen Kriterien, die den Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden, können auf folgender Internetseite der Kommission eingesehen werden:

(http://ec.europa.eu/environment/gpp/toolkit_en.htm).

Ferner nimmt die Kommission die Auffassung des Ausschusses zur Kenntnis, dass die Mitteilung nicht in ausreichender Tiefe auf das Prinzip der Subsidiarität eingeht, insbesondere wenn sie in Abschnitt 9 das Thema der Umweltfreundlichkeit in der privaten Beschaffung behandelt. Die Kommission betont, dass sie lediglich auf das Potential für grüne Erzeugnisse und Dienstleistungen in der privaten Beschaffung hinweisen möchte und somit die Mitgliedstaaten ermutigen will, die Verbindung zwischen grüner öffentlicher und privater Beschaffung weiter zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen


Margot WALLSTRÖM

Herrn
Harald Reisenberger
Präsident des Bundesrates
A-1017 WIEN